

Haushaltsrede 2007

(Einleitung):

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren!

Nach den Beratungen in den Ausschüssen in den letzten Wochen könnte ich dieselbe Rede wie im letzten Jahr halten. Wieder hat die CDU-Fraktion gegen den Vorschlag der Verwaltung am Ende der Haushaltsberatungen Mehrausgaben für ihre Klientel im Außenbereich gefordert, die sie mit Argumenten nicht rechtfertigen konnte. Ich lasse es aber sein, weil die diesjährigen Haushaltsberatungen gezeigt haben, dass die Mehrheitsfraktion den Appell des letzten Jahres nicht verstanden hat oder ihm nicht nachgehen will – in diesem Falle im Gegensatz zur Verwaltung.

(Hauptteil):

Die allgemeinen Voraussetzungen in Lüdinghausen sind nur dann günstig, wenn man sie mit dem Durchschnitt der Notleidenden Kommunen vergleicht. Und wir sind in diesem Jahr vor dem Haushaltssicherungskonzept nur deshalb davongekommen, weil wir außerordentliche Bedingungen nutzen konnten, nämlich eine nicht eingeplante höhere Gewerbesteuer und einen einmaligen Griff in das Eigenkapital des Abwasserwerks.

Dabei sahen die Voraussetzungen vor 10 Jahren ganz gut aus. Wir hatten einen Großteil der städtischen Schulden in das Abwasserwerk überführt, die Stadt schien fast schuldenfrei. Da aber an den strukturellen Defiziten nichts geändert wurde, bewegen wir uns langsam, aber sicher wieder in den Bereich der Schuldenfalle hinein. Im Jahre 1998 hatten wir einen Schuldenstand von 4.865 Mio € mit Stand vom 31.12.2006 weist der Budgetentwurf Schulden in Höhe von 7.137 Mio € nach. Im laufenden Haushaltsjahr sind weitere Schulden in Höhe von rund 450.000 € eingeplant. Wir haben Glück, dass in den letzten Jahren die Zinsentwicklung für Schuldner günstig war, speziell für öffentliche Schuldner. Das kann sich schnell ändern, und dann ist jeder zusätzliche Euro Schulden eine zunehmende Zinsbelastung.

Wie in den letzten Jahren ist der Haushalt auf Grundstücksverkäufe in großer Höhe angelegt. In den letzten Jahren ist dieser Ansatz aber nie erreicht worden. Der demografische Faktor erreicht auch Lüdinghausen,

Wohnbaugrundstücke lassen sich zunehmend schwerer vermarkten, und auch im Bereich der Gewerbeansiedlungen scheint eine Sättigung erreicht. Die Einnahmen aus den Grundstücksverkäufen sind – der Not gehorchend – zu einem großen Teil in den Verwaltungshaushalt geflossen, also konsumtiv verbraucht worden. Dafür sind investive Ausgaben auf das Nötigste heruntergeschraubt worden, was in den letzten Jahren zum Beispiel zu berechtigten Protesten von Bewohnern der Neubaugebiete geführt hat, die von dem Geld, das sie für die Erschließung ihrer Baugrundstücke gezahlt haben, auch endlich ihre Straßen ausgebaut sehen wollten.

Der Haushalt muss also so konsolidiert werden, dass Ausgaben weiterhin auf dem Prüfstand stehen und dauerhaft Einnahmen gestärkt werden. Die Ausgaben im Verwaltungshaushalt dürfen nicht höher sein als die Einnahmen, eigentlich soll mit einem Einnahmeüberschuss die investive Tätigkeit im Vermögenshaushalt gestärkt werden.

Von Bund und Land können wir dabei nichts erwarten – im Gegenteil: weiterhin beschließen sie von den Kommunen zu erfüllende Aufgaben, verweigern ihnen aber die Mittel dafür. Letztes Beispiel ist die Krankenhausumlage, die den diesjährigen Haushalt zusätzlich belastet.

Unter dem verheerenden Eindruck der Haushaltsentwicklung des Jahres 2005 war die Mehrheitsfraktion im letzten Jahr bereit, auf eine Initiative der FDP einzugehen und eine externe Beratung zur Langfristigen Konsolidierung des Haushalts zu beauftragen.

Wir gingen in die Konsolidierungsberatungen mit der GPA unter dem Eindruck schwer wiegender Gegenwartsprobleme, die uns einen kurzfristig zu begleichenen Schuldenberg in Höhe von rund 3 Mio € beschert hatte. Mit einer überraschenden Gewerbesteuerhöhe und einem einmaligen Griff in das Eigenkapital des Abwasserwerks scheinen für manche Stadtverordneten schon alle Sorgen beseitigt.

Das überdeckt aber grundlegende Probleme, die weiter drohen: Der städtische Haushalt muss entschuldet werden – aber nicht nur durch die Bewohner des Innenbereiches, die durch das Abwasserwerk ihren Beitrag schon hinreichend geleistet haben und durch erhöhte Gebühren auch weiterhin leisten werden. Aber wo bleibt der Beitrag des Außenbereiches zur Gesamtkonsolidierung des Städtischen Haushalts?

Jeder Euro, der ohne echten Deckungsvorschlag zusätzlich verlangt wird, führt aber zu höheren Schulden! Um so ärgerlicher

ist es, wenn die CDU-Fraktion genau dies in diesem Jahr wieder am untauglichen Objekt vorführt. Es geht dabei sicherlich um einen verhältnismäßig geringen Betrag, nämlich 20.000 €. Aber er hat so etwas wie einen Symbolwert. Er ist die Nagelprobe für uns darauf gewesen, ob die Mehrheitsfraktion die gute Zusammenarbeit, von der der Stadtverordnete Schlütermann in den letzten Wochen immer geredet hat, dann auch durchhält, wenn es ernst wird. An dieser Stelle wollte ich jetzt sagen: Ich nehme als positives Beispiel die SPD-Fraktion, die mit der Zustimmung zu den Abwassergebühren einen großen Schritt über ihren eigenen Schatten getan hat. Ich hoffe, dass die SPD nicht wieder über ihren eigenen Schatten zurückspringt.

Zur Frage der Sanierung der Wirtschaftswege:

Aussage der GPA war, dass Mittel für die Reparaturtrupps, um die es in diesem Falle geht, ohne dazu passenden Gesamtplan verschwendet sind. Der Zustand der Wirtschaftswege ist untersucht, ein Plan zur Sanierung muss aufgestellt werden. Die knappen Mittel müssen sinnvoll eingesetzt werden, eine Reparatur kann besser unterbleiben, wenn das dafür nötige Geld dann in eine Grundsanieung gesteckt werden kann. Für die GPA gehört dazu aber auch eine Satzung, in der eine finanzielle Beteiligung der Anlieger festgeschrieben ist. Denn auch die Wirtschaftswege fallen für die GPA unter das KAG. Das Notwendige für die Verkehrssicherheit musste der Bürgermeister sowieso einkalkulieren, den Rest hielt die GPA ohne Sanierungskonzept für herausgeworfenes Geld.

Und was macht jetzt die CDU? Als ob sie es nicht gehört hätte, setzt sie wieder die zusätzlichen 20.000 € durch, ohne Deckungsvorschlag, das heißt, durch zusätzliches

Schuldenmachen! Wie sollen wir da glauben, dass es der Mehrheitsfraktion ernst ist mit einer Haushaltskonsolidierung, die alle gerecht beansprucht? Wenn schon beim ersten Knackpunkt für die eigene Klientel der Vorschlag der GPA in den Wind geworfen wird, dann kann ich die Beteuerungen des Stadtverordneten Schlütermann nicht mehr ernst nehmen!

Überhaupt hörten wir in den letzten Wochen speziell aus Seppenrade manchmal seltsame Töne, die unseren gemeinsam eingeleiteten Sparbemühungen eine gegenläufige Tendenz entgegensetzen. Nachtabsenkung bei der Straßenbeleuchtung, Straßenreinigung sind nur zwei Beispiele für diese Tendenz. Mir scheint, dass hier auch bei manchem Stadtverordneten der notwendige Sparwille zwar allgemein behauptet wird, vor der eigenen Tür aber alles anders sein soll. So werden wir nicht weiterkommen.

Vorgestern hat der Stadtverordnete Schlütermann einen bemerkenswerten Satz zitiert: „Ein Lump ist immer der, der mehr verspricht, als er hat.“ Das sollten wir bei unseren Zukunftsprojekten auch immer beachten, gerade in Vorwahlkampfzeiten!

Denn auch diese Zukunftsprojekte der Stadt müssen weiter unter dem Zwang des sparsamen Wirtschaftens stehen. Ich erinnere dabei an das Großprojekt der Verlegung des Sportplatzes in Seppenrade. Wir müssen deutlich machen, dass wir das Notwendige tun, in unseren Möglichkeiten aber eingeschränkt sein werden. Kunstrasenplätze sind doppelt so teuer, aber nur halb so haltbar wie Naturrasenplätze; wer eine längere Spieldauer pro Jahr anstrebt, muss sich auch selbst daran beteiligen, und zwar nicht nur mit einem symbolischen Betrag! Fortuna Seppenrade sollte sich am SV Herbern ein Beispiel nehmen, der es geschafft hat, ohne Griff in die Gemeindegasse einen eigenen Kunstrasenplatz zu finanzieren. Und wie können wir anderen Vereinen sagen, dass für sie nichts mehr übrig ist, wenn für den anderen Fußballverein doch noch ein Geburtstagsgeschenk größeren Ausmaßes erübrigt werden soll?

Zukunftsprojekt der anderen Parteien ist zudem der Neubau einer überflüssigen Straße, der K8n, auf der Trasse der B 474n, der den städtischen Haushalt mit mehr als den prognostizierten 350.000 € belasten wird. Denn die in der Vorlage angegebenen Gesamtmittel wären allein für die Brücke notwendig, wie der Rest dann finanziert werden soll, scheint den Befürwortern egal zu sein. Seriös ist das nicht! Im städtischen Haushaltsentwurf ist noch kein Betrag vorgesehen. Da wir diese Straße aber als Kreisstraße finanzieren sollen, weil Bund und Land für eine überflüssige Straße kein Geld ausgeben wollen, steckt schon ein Teilbeitrag in der Kreisumlage, die uns doch sonst immer zu hoch ist. Jetzt könnten wir reduzieren, wenn wir überflüssige Straßenvorhaben, die nur deshalb noch weiterbetrieben werden, weil man seine Niederlage nicht eingestehen will, streichen würden.

Es verdichtet sich sonst der Hinweis darauf, dass für Straßenbau überflüssiges Geld ausgegeben wird, während im Sozial- und Jugendbereich dringende Wünsche nicht erfüllt werden können.

(Schluss):

Ich komme zum Schluss. Vielleicht wäre es für die langfristige Konsolidierung des Haushalts und den Abbau des strukturellen Defizits besser gewesen, wenn die GPA ihre Stellungnahme zum Teilbereich „Abwasserwerk“ erst am Ende des Prozesses abgegeben hätte. Die Ernsthaftigkeit einer sparsamen Haushaltsführung wäre dann nicht so schnell auf die Probe gestellt worden. Die Notwendigkeit wird zwar immer wieder behauptet, die Dringlichkeit scheint aber auf der Gegenseite nicht mehr so eng gesehen zu werden. Dabei müssen wir uns die bestehenden Risiken nur wieder vor Augen führen:

- Unsicherheit bei der Einschätzung der Höhe der Gewerbesteuer
- Sehr optimistischer Ansatz bei den Grundstücksverkäufen
- Keine Rücklagen mehr
- Weiterer Schuldenanstieg.

Die Hoffnung einer längerfristigen besseren Entwicklung beruht vor allem auf den Prognosen für die Konjunkturentwicklung. Wie schnell eine solche Entwicklung kippen kann, haben wir 2002/2003 gesehen. Auch internationale Krisen können eine positive Entwicklung schnell stoppen. Sind wir vor Ort schon darauf vorbereitet, dass (und wenn es noch zwei oder drei Jahre dauert) die Konjunktur wieder kippen kann – und wird? Ansätze sind gemacht, bisher aber nicht ausreichend. Den Willen zu einer nachhaltigen Politik auch für unsere Nachkommen sehen wir bei der Mehrheitsfraktion nicht genügend verwirklicht, kurzfristige Interessen- und Klientelpolitik beeinträchtigt immer noch zu sehr das Denken und Handeln.

Der Verwaltung danken wir. Mit ihr haben wir bei den Haushaltsberatungen gut zusammenarbeiten können.

Wie wichtig nachhaltiges Denken und Handeln sein muss, werden wir spätestens dann vorgeführt bekommen, wenn wir in das Neue Kommunale Finanzmanagement einsteigen. Die Zeit bis dahin ist kurz, wir hoffen, dass sich doch noch ein Umdenken in der Mehrheitsfraktion ergeben wird.

Weil wir diesen Willen bei diesen Haushaltsberatungen nicht genügend erkannt haben, lehnen wir diesen Haushalt ab!